

## Kirche und Sozialdemokratie nach der Revolution.

Heinrich Cunow stellt in seiner Zeitschrift „Die neue Zeit“ den Görlicher Parteitag der Sozialdemokratie 1921 den Tagen von Gotha und Erfurt gleich. „Wie einst der Gothaer Einigungskongreß und sechzehn Jahre später der Erfurter Parteitag neue Entwicklungsphasen der sozialistischen Arbeiterbewegung einleiteten, der erste, indem er die Lassalleaner mit den Eisenachern vereinigte, der zweite, indem er die während der Periode des Sozialistengesetzes innerhalb der Partei gereifte marxistische Auffassung des geschichtlichen Entwicklungsverlaufs im Erfurter Programm zur Geltung brachte, so leitet auch der Görlicher Parteitag einen neuen Geschichtsabschnitt der sozialdemokratischen Bewegung ein. Er zeigt, daß endlich die deutsche Sozialdemokratie gewillt ist, aus den Erfahrungen während des Weltkrieges und der diesem folgenden Revolutionszeit das politische Fazit zu ziehen, die alten, überlebten Traditionen und Parteiformeln einer früheren Werbeperiode hinter sich zu lassen, sich realpolitisch neu zu orientieren und — in neue Bewegungsbahnen einzulenten.“ [40. Jahrgang, I. Band, Nr. 2.]

Zweifelsohne liegt diesem Führerwort ein großes Maß Berechtigung zugrunde. Was Kassel noch 1920 abgelehnt hatte, gab Görlich: Die Freiheit, in den Volksvertretungen Koalitionen bis weit nach rechts einzugehen. Was uns hier interessiert, ist jedoch nicht die Parlamentspolitik. Wir wollen uns vielmehr der Frage zuwenden, wieweit Görlich und die durch diese Tagung gekennzeichnete Periode auch eine Änderung der Sozialdemokratie — um diese handelt es sich hier für uns nur — in der Haltung zu Religion und Kirche bedeutet. Ist eine Änderung festzustellen und ist diese nur „realpolitisch“ oder auch grundsätzlic?

### I.

Eine gewisse neue Einstellung läßt sich nicht verkennen. Dies gilt schon bei der Stellungnahme zu den das Verhältnis zur Kirche mitbestimmenden Grundproblemen des Sozialismus. Wir streifen hier nur kurz einige der wichtigsten.



Heiß umstritten war in den der Görlitzer Tagung vorangehenden Gutachten und Entwürfen und ihren Debatten besonders die Frage des Klassenkampfes. Es waren Bestrebungen da, dies Wort überhaupt aus dem neuen Programm auszumerzen. Cunow erklärte, daß das Klassenkampfproblem für die Partei eine „ganz andere Gestalt gewonnen hat, als es einst vor fünfzig, vierzig oder selbst noch vor dreißig Jahren hatte“. Marx habe sich mit seiner im Kommunistischen Manifest gegebenen Auffassung des Klassenkampfes getäuscht; aus der Vorherfrage der zwei großen Lager Bourgeoisie und Proletariat sei nichts geworden. Die Partei umschließe heute die verschiedensten Stände. „Ist unsere Partei aber keine bloße Klassenpartei mehr, sondern ein Gemisch verschiedener Klassen, so kann sie auch nicht mehr im früheren Sinne Klassenkampfpolitik, keine einseitige Interessenpolitik im Dienste der Arbeiterklasse treiben; sie muß notwendig einen Ausgleich zwischen den Interessen der verschiedenen in ihr vertretenen Klassenteile suchen. . . . doch schließlich, wenn das Wort durchaus in das Programm hinein soll, mag es schließlich drin bleiben.“ (Neue Zeit, 39. Jahrg., II 487 f.) Es ist für Cunow ein Fossil. Uns aber ist es ein Zeichen, daß selbst die Massen der Führer den Spitzen noch nicht zu folgen vermochten. Denn das Wort mußte bleiben. Dafür sucht Friedrich Stampfer, dessen Entwurf der endgültigen Fassung des Programms hauptsächlich zugrunde gelegt wurde, der auf den Klassenkampf bezüglichen Programmstelle eine möglichst harmlose Deutung zu geben. Die Stelle lautet: „Sie (die kapitalistische Wirtschaft) hat damit den Klassenkampf für die Befreiung des Proletariats zur geschichtlichen Notwendigkeit und zur sittlichen Forderung gemacht.“ Was Cunow als etwas Überlebtes, sachlich Unmögliches ansieht, erklärt Stampfer für eine sittliche Forderung! Beide berufen sich auf Marx. Wir wollen diesen Erbschaftsstreit nicht entscheiden. Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß auch die Programmschrift sich jenes Klassenkampfbegriffes schämt, wie er zweifellos in den breiten Massen, bis hoch hinauf in Führerkreise, noch lebt. Stampfer sucht den Klassenkampf zu seiner Entschuldigung in eine reine Notwehrhandlung einzudämmen und dies mit dem alten, aber tatsächlich kraftlosen Zitat des Proletarierliebes zu erhärten: „Nicht predigen wir Haß den Reichen, nur gleiches Recht für jedermann.“ (Friedrich Stampfer, Das Görlitzer Programm, Berlin 1922, 13.) Er vermeidet es aber wie Cunow, mit offenem Visier anzuerkennen, daß Ausgleich der Interessen das Ziel sein muß.



Ein ähnliches Schwanken zwischen den Forderungen der Realpolitik und der Stimmung der Wähler zeigt auch die Behandlung des Sozialisierungsproblems. Hierzu bemerkt Stampfer: „Zweierlei vermeidet das Programm: Es gebraucht in seinem allgemeinen theoretischen Teil nicht das Wort ‚Sozialisierung‘ und es gibt keine Einzelrezepte für die Verwandlung der gegebenen kapitalistischen Gesellschaft in eine vollständig sozialistische . . . Die Sozialdemokratische Partei will tatsächlich das, was zumeist unter dem Wort ‚Sozialisierung‘ verstanden wird, aber das Programm vermeidet dieses Wort wegen seiner Vieldeutigkeit.“ (S. 32 f.) Als Ziel stellt Stampfer einen Zustand auf, „in dem es keinen Kapitalismus, keinen Privatbesitz an Produktionsmitteln, die von andern als ihren Eigentümern benutzt werden (!), mehr geben wird. Grund und Boden, Baulichkeiten, Fabriken, Warenhäuser, Banken werden Eigentum des ganzen im demokratischen Staat organisierten Volkes sein. Wie weit dieses seine Eigentumsrechte direkt ausüben oder an einzelne sowie an freiwillig gebildete Gemeinschaften übertragen wird, bleibt eine später zu lösende Frage der Zweckmäßigkeit“ (S. 28). Auch hier wieder Klauseln über Klauseln.

Selbst gegenüber der Revolution kann man bei gutem Willen eine verblühte Ablehnung aus Stampfers Schrift herauslesen. Zwar „die Sozialdemokratische Partei Deutschlands . . . betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes“ (Programm). Ihre Anhänger sollen bereit sein, die Republik mit ihren Leibern zu decken. Aber: „Solange diese Staatsform in Deutschland noch nicht bestand, war nur die parlamentarische Demokratie, nicht die Republik, ihre programmatisch festgelegte Forderung. Das Erfurter Programm spricht nicht von der Republik. Verlief die politische Entwicklung ohne gewaltsame Erschütterungen, so war die Partei nicht gewillt, blutige Kämpfe zu entfesseln, um etwa zurückgebliebene, politisch verhältnismäßig unschädliche Reste der Monarchie zu beseitigen“ (Stampfer S. 27).

Eindeutiger schon klingt der Programmsatz: Oberstes Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft. Stampfer gibt zwar auch hier eine milde Deutung: „Nicht nur die Eltern, nicht eine bestimmte engere Gemeinschaft sind daran interessiert, was aus einem heranwachsenden Menschenkind wird, die ganze Volksgemeinschaft ist es.“ Aber die Erklärung ähnlicher Forderungen durch den sozialistischen Schulmann Dr. Richard Lohmann lautet doch etwas anders. Für ihn ergibt sich die Forderung, „daß



die Familie nicht von sich aus den Anspruch auf die Erziehung erheben kann, daß vielmehr der Teil des Erziehungswerkes, der ihr zugewiesen werden soll und kann, nunmehr von den Interessen der Allgemeinheit aus bestimmt und begrenzt werden muß. . . . Hier genügt zunächst die prinzipielle Feststellung, daß schon heute . . . alle Erziehung Aufgabe der Gemeinschaft ist und daß der Familie ihr Anteil an der Erziehung nicht kraft eigenen Rechtes, sondern auf Grund eines Mandats der Allgemeinheit übertragen wird" (Das Schulprogramm der Sozialdemokratie, Berlin 1921, 28—31).

Wir sehen, daß im gleichen Maße, wie die sozialen und wirtschaftlichen Grundsätze der Sozialdemokratie sich dehnen, erweichen und nach realpolitischer Verwendbarkeit streben, die kulturpolitischen an Festigkeit und Starrheit noch gewinnen. Müssen schon die ersteren noch eine bedeutende Strecke Weges zurücklegen, zugleich an Allgemeingültigkeit gewinnen, soll man in ihnen ein gewisses Entgegenkommen gegenüber den Grundsätzen christlicher Gesellschaftslehre erblicken können, so reißen die kulturpolitischen Thesen mit der „Forderung nach der weltlichen Einheitschule“ (Stampfer S. 52) eine unüberbrückbare Kluft zwischen Sozialdemokratie und katholischer Kirche erneut auf. Gerade mit dieser letzten Forderung reiht sich auch der sonst so vorsichtige und geflissentlich vermittelnde Stampfer in die Reihe der Unversöhnlichen ein.

Ungenügend trotz scheinbaren Entgegenkommens in der Form ist aber vor allem auch die Fassung und Erklärung des Programms bezüglich der Religion selbst: „Religion ist Privatsache, Sache innerer Überzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatsache: Trennung von Staat und Kirche“. Klug sucht das Programm durch die völlige Ausschaltung auch der Partei die Ablehnung der Religion als Staatsache schmachhaft zu machen. Aber abgesehen davon, daß Stampfer die Staatsache nur im Sinne staatlichen Zwanges zur Religion bzw. Religionsgemeinschaft auffaßt, statt im Sinne positiver Betätigung, folgt daraus, daß Religion zunächst Sache innerer Überzeugung ist, ebensowenig, daß sie im staatlichen und überhaupt öffentlichen Leben zu schweigen habe, wie dies für die Sozialdemokratie selbst folgt, die doch auch Sache innerer Überzeugung sein soll. Man könnte dann ja auch der Kirche keinen Vorwurf daraus machen, daß sie den Krieg nicht verhindert oder früher beendet habe, wie dies gerade von sozialistischer Seite aus geschieht.

Wieweit vom neuen Programm im allgemeinen der Satz Stampfers gelten kann: „Diese Grundsätze enthalten nichts Religionsfeindliches“,



haben wir am Beispiel vom Klassenkampf, Sozialisierung und vor allem Schulgesetz gesehen. Wenn Stampfer auf die Frage „ob ein gläubiger Christ Sozialdemokrat sein kann“, antwortet: „Ja, das kann er, und eigentlich müßte er es sogar sein!“ so stehen dem zunächst die schon erwähnten Programmpunkte entgegen. Und Stampfer sagt mit guter Selbstbescheidung: „Indes sind wir kompetente Ausleger nur der sozialdemokratischen Grundsätze, nicht der christlichen Bekenntnisse.“ Damit gibt er selbst zu, daß wohl das Christentum, „wie er es versteht“, mit seiner Partei vereinbar ist, daß aber eine kompetente Auslegung der christlichen Grundsätze doch zu andern Resultaten führen kann. Wir werden später noch zeigen, daß auch heute unter seinen eigenen Parteifreunden sich genug finden, die bezüglich des innern Gegensatzes von Christentum und Sozialismus anderer Meinung sind, zumal soweit sie sich klar darüber sind, daß auch die Religion nicht eine Gefühlsache für uns ist, sondern ein geschlossenes Denksystem, das seine unerbittlichen logischen Folgerungen und Forderungen stellt.

## II.

Zuerst wollen wir uns jedoch in Kürze der andern Feststellung Stampfers zuwenden: „daß dort (auf der kirchlichen Seite) die Meinung, ein Christ müsse ein Feind der Sozialdemokratischen Partei sein, ständig an Boden verliert und viel häufiger als früher die Meinung vertreten wird: zwischen Christentum und Sozialismus bestehe nicht nur kein Gegensatz, sondern vielmehr eine Gemeinsamkeit der sittlichen Grundeinstellung. Die Möglichkeit, daß ein Christ Sozialdemokrat sein könne, wird von sozialdemokratischer Seite bejaht, auf der andern Seite wird sie zum mindesten nicht allgemein verneint“.

Prüfen wir zunächst diese ange deutete Annäherung der kirchlichen Seite an der Hand einiger Schriften und Erlasse der drei letzten Jahre. In protestantischen Kreisen hatten sich allerdings einige Gruppen gebildet, die unmittelbar, nicht nur mit dem Sozialismus, sondern auch auf seinem Boden Fühlung suchten. Einige Geistliche traten offen auf die Seite der Sozialdemokratie als „Genossen“. Hier und dort, so in Teilen Großberlins bildete sich selbst „ein Bund religiöser Sozialisten“. Bei den Kirchenwahlen im Januar 1921 wurde in Neukölln sogar eine sozialistische Kandidatenliste aufgestellt. Allerdings war ihr kein irgendwie nennenswerter Erfolg beschieden. Auch andere kleine Gruppen können hier genannt werden, die offenkundig von ehrlichem Streben nach einem Aus-



weg aus der Welt des Materialismus für sich und die Volksmenge gedrängt werden, aber kaum weiter als zu einem wirren Suchen und Tasten kommen. Wir nennen die „Christlichen Revolutionäre“ und die „Neuwerk“-Bewegung (vgl. dazu Friedrich Niebergall, *Evangelischer Sozialismus*, Tübingen 1920, 151 f.). Niebergall betont dabei, wie sich besonders in dem radikaleren Flügel des Sozialismus Wege zu diesen Strömungen hinüberziehen<sup>1</sup>.

Größere Bedeutung als diese besonders dem „Massensozialismus“ wesensfremden Versuche haben unstreitig die rastlosen Bemühungen, zu einer Synthese von Christentum und Sozialismus zu gelangen, die sich um D. Friedrich Siegmund-Schulze und seine Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost sammeln. Sein Weg ist ruhiger. Nüchtern tun sich ihm die Verhältnisse auf, zu nüchtern fast für sein heißes Sehnen nach der Wiedergewinnung des Volkes für Christus. Er klagt über das geringe Verständnis „bei denen, die sich bisher Sozialisten nannten“, und setzt sein ganzes Hoffen auf die Gewinnung des einzelnen und das Erwachen der Jugend. Aber auch Siegmund-Schulze kann — und das ist das Bezeichnende — mit dem heutigen Sozialismus nichts erhoffen, er will einen neuen: „Wir werden erleben, was ich überall in dieser neuen Jugend sehe, daß Christentum und Sozialismus ganz nahe aneinander rücken, nicht der Parteisozialismus, sondern ein neuer Sozialismus, der auf dem einen ruht, der unsere Seele befreit hat.“<sup>2</sup>

Neben diesen Bestrebungen bleiben aber die großen Ströme des „historischen (protestantischen) Christentums“ bis heute in voller Kraft, die Siegmund-Schulze an die drei Namen Stöcker, Friedrich Naumann und Göhre knüpft. Die erste Gruppe kam bald zur Parole „Kampf bis aufs Messer, die die Losung der Christlichsozialen geblieben ist“. Naumann ist bei seinem Versuch, „die Arbeiterschaft in einer der Sozialdemokratie nicht absolut entgegengesetzten neuen Partei zu organisieren“, gescheitert und zum

<sup>1</sup> Eine Einführung in den Gedankenkreis der Neuwerk-Bewegung gibt die Schrift: *Junge Saat, Lebensbuch einer Jugendbewegung*. gr. 8° (85 S.) Neuwerk-Verlag Schlichtern, 1921. M 12.—

<sup>2</sup> Vgl. Friedrich Siegmund-Schulze, *Sozialismus und Christentum*. 8° (29 S.) Berlin 1919, Furche-Verlag, und *Die deutsche Jugend und der Sozialismus*. 8° (16 S.) Solmsiedt b. Nordhausen 1921, Bund Deutscher Jugendvereine; *Die soziale Botschaft des Christentums, für unsre Zeit dargestellt in Ansprachen von Männern und Frauen verschiedener Richtungen und Parteien*, herausgegeben von F. Siegmund-Schulze. 8° (180 S.) Halle 1921, E. Gb. Müller.



Ergebnis gekommen, daß auch er sich einer mächtigeren politischen Partei anschließen und Sozialismus und Arbeiterschaft aufgeben müsse. — Die dritte Phase läßt sich schwer in einen Namen fassen: „Wenn wir Göhre nennen, so müssen wir hinzufügen, daß er, je mehr er Sozialdemokrat wurde, desto mehr nach eigener Aussage das Christentum von sich getan hat.“ (Sozialismus und Christentum 11—12.)

Immer wieder müssen auch die protestantischen Freunde einer Einigung von Christentum und Sozialismus die tiefe Kluft zwischen der Kirche und dem Sozialismus betonen, selbst bei denen, die sich sonst schon näher gekommen sind. Und trotzdem es „schon von den Spitzen der Berge aus herüber- und hinübergeht“, klingt es doch wenig hoffnungsfroh, wenn Niebergall schreibt: „Daß also soll die Art unseres christlichen Sozialismus sein: wir verzichten der Not gehorchend und dem eigenen Trieb darauf, ein Konkurrenzunternehmen zu dem katholischen und dem sozialdemokratischen Sozialismus zu errichten, und werfen uns darauf, durch Wort, Personen und Einrichtungen einen Beitrag zu einem neuen sozialen Geist zu leisten“ (S. 162).

Ist schon im evangelischen Lager recht wenig davon zu erkennen, daß man den Sozialismus von heute, den Parteisozialismus, für vereinbar mit dem Christentum hält, so gilt dies in verstärktem Maße für die katholische Kirche. Unmittelbar nach der Revolution erschienen verschiedene Schriften, um erneut die Unvereinbarkeit des katholischen Glaubensinhalts mit der sozialistischen Lehre, wie sie damals galt und im Wesen nach dem Ausweis des Görlicher Programms auch heute noch in Kraft ist, darzutun. Wir verweisen auf die knappen, klaren Ausführungen Viktor Cathreins „Sozialdemokratie und Christentum oder Darf ein Katholik Sozialdemokrat sein?“ (30 S., Freiburg 1919, Herder) und das eingehende Werk „Sozialismus und Religion“ von Dr. F. X. Rieß<sup>1</sup>.

In der scharfen Ablehnung und der Aufdeckung der Unterscheidungslehren trifft sich mit diesen Autoren unter ausdrücklichem Hinweis auf die politische Arbeitsgemeinschaft zwischen Katholiken und Sozialisten die Arbeit des Volksvereins für das katholische Deutschland in seinen Flugblättern und Veröffentlichungen.

<sup>1</sup> Sozialismus und Religion<sup>2</sup>. 8° (VIII u. 135 S.) Regensburg 1920, Manz. Rieß versucht nicht nur die Unvereinbarkeit der beiden Weltanschauungen herauszuarbeiten, sondern auch im psychologischen Eingehen auf die Arbeiterseele den Weg zur Gedankenwelt des Arbeiters zu finden, um ihn zurück auf die Höhen des Christentums zu führen.



Bekannt sind auch verschiedene bischöfliche Rundgebungen wie z. B. der Erlaß der niederrheinischen Bischöfe vom 8. Januar 1919 (vgl. Rdn. Volkszeitung 1919, Nr. 31) und die Rede Kardinal Faulhabers auf dem Münchener Katholikentag am 26. Oktober 1919 über Religion und Kirche im öffentlichen Leben (vgl. Allgem. Rundschau 1919, Nr. 45). Alle kirchlichen Erlasse dieser Zeit betonten unablässig die tiefgehenden, grundsätzlichen, aus der innersten Überzeugung herauswachsenden Unterschiede zwischen den beiden Weltanschauungen, damit aber auch, wenn die Gegenseite ehrlich sein will, die Unvereinbarkeit der aus diesen herausgewachsenen politischen Formen.

Auch die letzten, so inhaltschweren drei Jahre seit dem Erscheinen jener ersten Schriften und Erlasse haben hieran nichts geändert. Selbst diejenigen, die anfänglich glaubten durch Aufstellung und Verbreitung des Namens „Christlicher Sozialismus“ eine schnellere Umstellung im Lager des „nicht christlichen Sozialismus“ zu erreichen, haben ja schon durch diesen Zusatz betont, daß dem landläufigen Sozialismus wesentliche Bestandteile fehlen, bis er christlich und damit für Christen annehmbar werde. Und das allmähliche Zurückziehen des Ausdrucks Christlicher Sozialismus zeigt wohl, daß seine Freunde erkannt haben, daß auch mit diesem Wort die tiefen Unterschiede zwischen Christentum und dem Sozialismus von heute nicht behoben oder auch nur gemildert werden. Denn auch die Sozialisten von heute wollen wohl in ihrer Mehrheit einen Christen in ihre Reihen einlassen — die Berliner Unabhängigen die keine christlich-konfessionellen Stadtverordneten wollten, bilden doch eine Ausnahme — aber sie wollen nicht auch selbst christliche Sozialisten werden, am wenigsten ihren Sozialismus in einen christlichen verwandeln.

### III.

Nachdem wir gesehen haben, daß die veränderte Stellungnahme der Kirchen sich auf ein Minimum zurückführen läßt, kommen wir somit zur Prüfung der Behauptung, daß von seiten der Sozialdemokraten kein Hindernis bestehe, alle gläubigen Christen aufzunehmen, ohne von ihrer inneren Überzeugung auch nur ein Jota aufzugeben. Wir wollen zuvor gerne feststellen, daß Stampfer die Achtung vor der religiösen Überzeugung anderer verlangt. Man darf ohne weiteres anerkennen, daß hierin in führenden Kreisen ernstes Streben nicht zu verkennen ist, wenn auch in ungezählten Werkstätten und Plätzen der Gefinnungsterror noch ungehindert weiterblüht.



Wir müssen die doppelte Frage stellen: Ist es wenigstens subjektiv ernst gemeint mit der verkündeten Vereinbarkeit von Sozialismus und Christentum? und ferner: Deckt sich der Begriff des Christen, wie er von den Sozialisten, die seine Vereinbarkeit behaupten, aufgestellt wird, überhaupt mit dem katholischen Christen?

Was die erste Frage betrifft, so gibt es zweifellos manche, die an die Vereinbarkeit beider Standpunkte ehrlich glauben. Sie sind besonders dort zu finden, wo man über Grundfragen und Grundsätze nicht viel nachdenkt, in der großen Schar der beiderseitigen Mitläufer. Für sie hat ja mit geradezu verblüffender Offenheit schon 1902 Karl Rautsky in der Einleitung seiner Schrift „Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche“ zugegeben, „daß es nicht unmöglich sei, gleichzeitig gläubiger Christ und Sozialdemokrat zu sein, das heißt, den Klassenkampf des Proletariats mitzukämpfen und nach Aufhebung der Klassen zu streben“. Er hält es aber angesichts verschiedener Zuschriften „nicht für überflüssig, hier zu bemerken, daß ich die Vereinbarkeit des Christentums mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie als politischer Partei keineswegs dahin verstehe, als hielte ich es für möglich, vom christlichen Standpunkt aus zum vollen Verständnis des wissenschaftlichen Sozialismus zu gelangen.

„Die Annahme eines persönlichen Gottes (und ein unpersönlicher Gott ist ein leeres Wort) und einer persönlichen Unsterblichkeit ist unvereinbar mit dem heutigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis im allgemeinen, von der der wissenschaftliche Sozialismus ein Teil ist, der sich nicht willkürlich vom Ganzen abtrennen läßt. Unvereinbar aber mit dem wissenschaftlichen Sozialismus im besondern ist die Idee eines Gottmenschen oder Übermenschen, dem es gegeben wäre, durch die Kraft seiner Persönlichkeit die Menschheit zu erlösen oder auf eine höhere Stufe des Daseins zu erheben.“ Die zweite, durchgesehene Auflage von 1919 ließ diese Einleitung ruhig stehen.zynischer kann kaum gesagt werden, in wessen Diensten jene Katholiken stehen, die glauben, das sozialistische politische Bekenntnis mit ihrem religiösen katholischen vereinen zu können. Und daß man sich mit solchen Frenndiensten dieser Katholiken gegen ihren eigenen Glauben nicht begnügt, sondern auch selbstverständlich versucht, sie dem „vollen Verständnis des wissenschaftlichen Sozialismus“ empfänglicher zu machen, zum Abfall von ihrem Glauben zu bringen, bestätigt nicht nur stets neue Erfahrung. Eine recht gute Anweisung dazu gab z. B. unter dem schönen Titel „Mutterpflicht“ Frieda Haller in dem Flugblatt „Die Wählerin, Blätter zum



Wahlkampf in Preußen" Nr. 1 vom 9. Januar 1921, das dem Hauptparteiblatt „Vorwärts“ beilag. Sie bespricht die Möglichkeit, die Frau durch den Mann für den Sozialismus zu gewinnen, und schreibt:

„Mitunter fängt der Mann bei der politischen Aufklärung der Frau auch am falschen Ende an, und zwar bei der Religion, die nun mal bei Frauen ein heißes Thema ist. Er schimpft auf die Pfaffen und verspottet den Gottesglauben, und schon hat das Mißtrauen gegen den Sozialismus bei den Frauen Wurzel geschlagen. Je mehr der Mann auf die Gegner der Sozialdemokratie schimpft, desto weniger Verständnis wird die Frau für den Sozialismus haben. Die Männer sollen daher ruhig die Vorwürfe sparen und die Frauen erst mal in die schönen Gebichte und Werke sozialistischer Schriftsteller einführen, die aus der wirklichen Not des Volkes entstanden sind. Und später können sie ihnen zeigen, wie die Lehre Christi reiner Sozialismus ist. Dann wird ihnen von selbst die Lehre vom Überirdischen nach und nach zweifelhaft und sie werden die Verdreherkunst der Pfaffen allein erkennen.“

Diese Vereinbarkeit von Sozialismus und Christentum, diese Behandlung der Religion als Privatsache in einer Beilage des politischen Hauptblattes wirkt allerdings ein seltsames Licht auf allerhand beschwichtigende Friedens- und Unschuldsbeteuerungen. Die Gleichung lautet hiernach: Christentum minus Überirdisches — das ein Produkt der Verdreherkunst der Pfaffen ist — gleich reiner Sozialismus. Da ist doch Kautsky mit seinem: unpersönlicher Gott gleich leeres Wort, noch ehrlicher.

Solange solche Ergüsse noch dazu von hervorragender Stelle aus verbreitet werden, müßten die Katholiken doch mit Blindheit geschlagen und aller Verantwortung und Ehre bar sein, wenn sie nicht bei jedem religiösen Annäherungsversuche von dieser Seite erst den Erweis der ehrlichen Absicht verlangten und bis dahin äußerste Zurückhaltung übten. Man kann dies persönlich sehr bedauern, aber eine Änderung liegt allein in der Hand der Gegenseite.

Für die Stellung der einzelnen Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie zum Religionsproblem und für ihr Verständnis für die katholische Kirche insbesondere ist es von Bedeutung, wieweit sie in ihrer Arbeit, besonders in der Agitation mit Katholiken zu tun haben. Gerade in katholischen Gegenden sehen wir oft ein Sabieren, das seine Träger in offenen Widerspruch zu dem Vorgehen vieler Parteifreunde in katholikenreinen oder katholikenarmen Gegenden stellt.

Die Schrift „Das Programm der Sozialdemokratie“, Vorschläge für seine Erneuerung (Berlin 1920, Vorwärts), bringt über „Staat und Kirche“ einen Beitrag von J. Meerfeld (S. 82—86), in dem dieser ausdrücklich betont, daß er seit einem Vierteljahrhundert inmitten einer durchweg katho-



lischen und vorwiegend dem Zentrum anhängenden Bevölkerung für die Partei tätig sei. Die Gründe für die unabwiesbare, kritische Nachprüfung der Stellung zu Religion und Kirche sind ihm: die Ausbreitung der sozialistischen Lehren weit über das flache Land, das Frauenwahlrecht, unmittelbare Teilnahme der Partei an der Staats- und Gemeindeverwaltung, Schaffung der neuen Reichsverfassung. Er hat offenbar schon die Erfahrung gemacht, daß sozialistische Stadtväter für einen Kirchenbau Mittel bewilligen wollten, durch das Parteiprogramm aber gehindert wurden und ihnen so dessen Religionsfeindlichkeit ad oculos demonstriert wurde. Meerfeld sucht den alten Satz der „Privatsache“ nunmehr dahin auszulegen, daß er sich nur „gegen das veraltete, für Religion und Kirche selber am schädlichsten wirkende System der Staatsreligion oder der Staatskirche“ richtete. Dabei kann natürlich unter Staatskirche sowohl die vom Staat gegängelte und eingeschränkte, wie die vom Staat anerkannte und wohlwollend geförderte Kirche verstanden werden. Immerhin stellt sich Meerfeld offen auf den Boden der neuen Verfassung und spricht sich dementsprechend auch vorsichtig gegen die Erklärung der Religionsgemeinschaften zu rein privaten Körperschaften aus. Auch dem Steuerrecht der Kirche, das er erwähnt, widerspricht er nicht. Lassen diese Zugeständnisse auf kirchenpolitischem Gebiet — und es sind wohl die am weitesten entgegenkommenden von namhafter sozialistischer Seite — noch sehr an Präzision und Festigkeit zu wünschen übrig, zeigen sie überall das Gefühl des Verfassers, schier Unmögliches von seinen Freunden zugunsten „der breiten Schichten sozialistischer Arbeiter“, deren „Bedürfnissen auch heute noch die von der Kirche gelehrt Religion entspricht“, zu verlangen, so muß seine klare und entschiedene Absage an den Materialismus als Arbeiterreligion offen anerkannt werden. Sie ist wert, weiteren Kreisen zugänglich gemacht zu werden:

Die Geburtsurkunde des deutschen Sozialismus führt in die Zeit zurück, da der naturwissenschaftliche Materialismus seinen Siegeszug antrat und dem aufstrebenden Bürgertum die geistigen Waffen für seinen Befreiungskampf lieferte. Die Sozialdemokratie ist in ihren Entwicklungsjahren von der geistigen Beeinflussung durch diesen Materialismus nicht frei geblieben; sie soll sich jedoch davor hüten, ihn als Arbeiterreligion anzuerkennen. Einer seiner späteren Apostel, Ludwig Büchner, war in sozialen Dingen ein mehr als beschränkter Kopf, der in der Verwirklichung sozialistischer Ziele das Ende aller Kultur sah. Ernst Haedel aber faselte seinerzeit etwas von den wahn sinnigen Attentaten, welche die Sozialdemokratie gegen das allverehrte Greisenhaupt des Deutschen Kaisers gerichtet habe. Aus diesen Kreisen erwuchs auch jener Geist der Unbulsamkeit und der brutalen Unterdrückung, der im „Kulturkampf“ wie auch im Sozialistengesetz seine Orgien feierte (a. a. O. 86).



Freilich auch Meerfeld steht dem Wesen der katholischen Religion innerlich fremd gegenüber, denn: „Wir wissen, hier handelt es sich um letzten Endes ganz unwägbar Dinge und Fragen, denen rein verstandesmäßig niemals beizukommen ist.“

Eine andere typische Richtung, die ebenfalls in katholischen Gegenden operiert, bleibt schon bedeutend hinter Meerfeld zurück. Als Beispiel möge die Art dienen, wie die in süddeutschen sozialdemokratischen Kreisen angesehene „Münchener Post“ Stellung zur Religion nimmt. Trotzdem die Zeitung in katholischem Land erscheint und trotz sichtlichen Bemühens, Wege zur Religion zu finden, scheitern diese Versuche von vornherein daran, daß auch hier jedes Verstehen auch nur der Grundbegriffe der katholischen Religion fehlt. So glaubt in der Beilage „Aus Kultur und Geisteswelt“ (1921, Nr. 8) ein Dr. Bruno Ullmann einen Widerspruch zwischen Religion und Sozialismus selbst bei Annahme des historischen Materialismus ablehnen zu können. Letzterer sage ja gar nichts über die Wahrheit des Religionsinhalts, sondern lediglich, daß die Religion „aus wirtschaftlichen Verhältnissen entstehe“. Er fühlt nicht, wie er sich selbst das Urteil spricht, wenn er diese sozialistische Religionsentstehungstheorie gleichsetzt mit den älteren, die den Ursprung der Religion aus Furcht, Hoffnung usw., oder gar einer neueren, die ihn aus der sexuellen Sphäre erklärt. In den folgenden Nummern (9 und 10) derselben Beilage will ein Anonymus, nachdem er die Bekenntniskirche mit den landläufigen Einwänden bekämpft hat, „die Religion des theologisch nicht entstellten biblischen Jesus, wie er sie am klarsten im Gespräch mit der Samariterin verkündet hat (Joh. 4). Sie durchdringt das öffentliche Leben und kann nicht Privatsache sein. Im Sozialismus lebt diese Religion bereits; seine Programme bedürfen nur einer bewußten Formulierung für sie“. Diese scharf antikonfessionelle Richtung des Münchener Blattes findet sich wieder im Kampf gegen die Konfessionschule (1922, Nr. 51), bei dem Gedenken des 9. November: „Halte darum ein jeder fest in seinem Privatleben an den Gottheiten, die er kennt und liebt, was aber das öffentliche Streben und Wirken anlangt, da trachte ein jeder heraus aus dem dumpfen Sonderfynn des engen konfessionellen Bekenntnisses“ (1921, Nr. 260). Man hat es offenbar im Besatzkreis dieses Blattes mit Katholiken zu tun, die schon zufrieden sind, wenn nicht gerade mit Dreschlegeln auf ihre „privaten Gottheiten“ losgezogen wird, die das blasphemische solcher Ausführungen gar nicht mehr fühlen und denen bereits der Sinn und die Liebe zur heiligen Kirche ge-



schwunden ist. Das Rezept, das uns die „Wählerin“ gab, wird hier mit bestem Erfolg praktiziert, nicht nur bei den Frauen. Videant consules!

Diese Gruppe ist schließlich nicht weit von jenen entfernt, die mit Hänisch sagen, solange wir die neue Ethik noch nicht haben, „so lange sind auch die starken sittlich und religiösen Antriebe der Vergangenheit nicht zu entbehren bei der sittlichen Erziehung unseres Volkes“ (Hänisch, Kulturpolitische Aufgaben, Berlin 1919, 24). Das ähnelt doch trotz aller Anerkennung der religiösen Leistungen allzu sehr jenem „Dem Volk soll die Religion erhalten bleiben“ in seiner minderwertigen Deutung.

Solchen mehr oder weniger nach zwei Seiten tragenden Ansichten gegenüber, die ohne oder mit Absicht verwischen und verwirren, wirken offene Erklärungen, wie sie namentlich aus dem protestantischen Norden kommen, erfrischend. Man hat klar erkannt, daß Sozialismus eine Weltanschauung bedeutet. Mag diese auch noch nicht in allen Teilen ausgebaut und ausgeglichen sein, so steht sie doch in geistigem offenen Gegensatz zur christlichen bzw. katholischen Lehre. Man ist sich deshalb darüber klar, daß Sozialist und Christ in einer Person unvereinbar ist, es sei denn auf Kosten der Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Hier darf besonders auf die Zeitung der sozialistischen Arbeiterjugend hingewiesen werden. Schon in ihrer Zielsetzung bekennet sie Farbe: „Das Ziel der Jugendbewegung ist die Erziehung zur sozialistischen Weltanschauung der Jugend und zur selbständigen politischen Betätigung“ (Jungvolk 1920, 99). Das Organ „Die Arbeiterjugend“ sieht diese tiefe Scheidung durchweg als etwas Selbstverständliches an. So schreibt es noch im Februar 1922: „Vieles von dem, was dort (in den kirchlichen, besonders katholischen Jugendvereinen) an äußeren Einrichtungen geschaffen wurde, darf ohne weiteres vorbildlich genannt werden. Und doch, so wird man uns fragen, wendet ihr euch gegen die kirchliche Jugendbewegung? — Gewiß, und mit vollem Recht tun wir das! Es ist der Geist, der beide Bewegungen, die proletarisch-sozialistische und die kirchliche, voneinander trennt.“ Trotz der mangelhaften und anfechtbaren Begründung, die dieser These gegeben wird, ein aner kennenswert freimütiges Bekenntnis.

Von besonderer Bedeutung zur Herbeiführung einer Klärung auf diesem Gebiet und einer ehrlichen Scheidung der Geister war auch der „Sozialdemokratische Kulturtag“ Ostern 1921 in Dresden. So sprach zum Thema „Sozialistische Bildungsarbeit und Lehrerschaft“ der Hauptredner, Lehrer Schult aus Hamburg, mit aller nur wünschenswerten Klarheit:



Unser Programm spricht nur vom wirtschaftlichen Sozialismus. Das ist eine Einseitigkeit, die daraus erklärlich ist, daß auch der Kapitalismus die Lebensmittel für den Lebenszweck hält. Uns ist der wirtschaftliche Sozialismus Voraussetzung, nicht Erfüllung des Sozialismus schlechthin. Sozialismus ist uns Weltanschauung und Lebensgestaltung, d. h. eine neue Kultur. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist der Sozialismus viel schwerer als auf andern zu gestalten. Hier besteht noch eine ungehemmte Diktatur der immer weniger werdenden Kapitalisten über alle, die gegen Lohn und Gehalt beschäftigt werden. Wir können unser Leben selbst gestalten. Das ist die neue Aufgabe der Partei: Sie kann und muß jeden Parteiverein zu einer Gemeinde machen, die ein neues Zusammenleben der Mitglieder untereinander pflegt. So stellt sie sich um vom Wahlverein zur Kulturpartei. Sie wird auch in Zukunft Politik zu betreiben haben, noch mehr als bisher. Aber sie muß in einer neuen Art von Zusammenleben der Parteigenossen den neuen sozialistischen Menschen schulen, denn mancher ist Sozialist, aber nicht ein sozialistischer Mensch.

Hier liegt die Möglichkeit einer umfangreichen Mitarbeit der sozialdemokratischen Behrerschaft. Jeder hat Fähigkeiten, die er in den Dienst dieser Arbeit stellen kann. Gesang, Musikpflege, Vorlesen und Vortragen aus der Literatur, Vermittlung von Kenntnissen auf den verschiedensten Gebieten, hochwertige Gestaltung der Feste, Volkstanz, Volkslied und Volksreigen, Wanderungen usw., alles das sind Arbeitsmöglichkeiten. Dieses Kulturstreben kann zu neuer Ausdruckskultur, neuer Lebensgestaltung, neuer volkstümlicher Kunstpflege führen, zu einer eigentlichen sozialistischen Moral und Kultur. Das wird die Vereine zu Gemeinden machen, deren Mitglieder durch zahlreiche Fäden untereinander verbunden sind, so daß sie sich nicht mehr lösen können und auch schwerste Stürme die Partei nicht mehr lösen können. So gewinnen wir auch an Anziehungskraft gegenüber allen denen, die nicht mehr in erster Linie politisch sind und auch niemals von dorthier erfaßt werden können. So machen wir für alle, die noch traditionell an der Kirche hängen, die Kirche positiv überflüssig. Das ist der beste Kampf gegen die Kirche, auch gegen das Zentrum. Das ist positive Seelsorge der einen an den andern, und darin liegt eine ungeheure Aufgabe für die sozialdemokratische Behrerschaft. („Vorwärts“ vom 27. März 1921, Beilage. Die Sperrungen nach dem Original!)

#### IV.

Es ist ohne weiteres klar, daß diese so verschiedene Stellungnahme, wie sie sich im Verhältnis von Kirche und Sozialdemokratie zeigt, nicht auf eine Formel zu bringen ist. Sehen wir hier von der gewollten Unklarheit ab, so fällt schon in der äußern Form des Wortes: Religion ist Privatsache, auf, wie Verschiedenes man sich unter dem Wort Privatsache oder besser dem Gegenspiel Staatsache vorstellt. Stampfer, Meerfeld, Münchner Post, alle hatten ihre Auffassung und auch diese noch vieldeutig. Professor Radbruch, der „eine weltfromme und diesseitsfrohe Religiosität“ bereits in ihren Grundlinien erkennen will, schreibt: „Religion



ist Privatsache — das mag richtig sein in der Bedeutung, daß Religion nicht Staatsache sei; unrichtig ist es sicherlich in dem Sinne, daß Religion nur Sache des einzelnen, nicht Sache der Gemeinschaft sei, Sache der ganzen Arbeiterklasse. Die Privatisierung der Religion in diesem Sinne stünde im schärfsten Widerspruch zur Sozialisierung der Wirtschaft und auch des Geistes, die das Wesen des Sozialismus ausmacht“ (Das Programm der Sozialdemokratie 81). Viel tiefer noch als solche Unbestimmtheit bezüglich des Verhältnisses von Kirche und Staat geht die ungenügende und selbst falsche Auffassung weiter sozialistischer Kreise vom Wesen der Religion. Wenige nur sehen in ihr anderes als eine Gefühlsache, als die Befriedigung eines Bedürfnisses. Wenige selbst kommen auch nur zu der Auffassung von Religion, wie sie Eucken in seiner anregenden, wenn auch nicht einwandfreien Kritik des Sozialismus bietet, daß auch die Religion eine allumfassende Lebensanschauung vermittelt, deren „Stärke in der Bildung einer Lebens- und Gedankengemeinschaft der ganzen Menschen, in der Erzeugung einer geistigen Atmosphäre, die alle Aufgaben und Leistungen in sich trägt und ausgleicht“, liegt. Wenn Eucken<sup>1</sup> weiter schreibt, daß eine derartige gemeinsame Atmosphäre heute neben dem Sozialismus nur der Katholizismus besitzt, so kommen zu dieser Erkenntnis und deren Erfassung eben nur jene Sozialisten, die ehrlich und mutig genug sind, die Unvereinbarkeit dieser beiden Lebenskreise auch offen anzuerkennen.

Das Görlitzer Programm bringt somit in seinem Wortlaut wohl eine mildere, sozialpolitisch geschicktere Form gegenüber Erfurt, jedoch keinen wesentlich neuen Inhalt, am wenigsten im unmittelbaren Verhältnis zur Religion. Die Ausdeutung dieses Verhältnisses ist im Gegenteil eher noch mannigfacher als früher geworden. Wohl aber wird die gemeinsame Arbeit der Sozialdemokratie mit christlichen Parteien in sozialen und wirtschaftlichen Fragen für beide Teile den Unterschied der Weltanschauungen als das eigentlich Trennende mehr zum Bewußtsein bringen und so die Scheidung der Geister ihn etwa beschleunigen.

Unsere Pflicht gegenüber dem Sozialismus und der Sozialdemokratie besteht nun zunächst darin, daß wir mit aller Kraft unter vornehmer Anerkennung der ehrlichen und darum offenen Überzeugung der Weltanschauungssozialisten über die Unvereinbarkeit dieser beiden Lebens-

<sup>1</sup> Rudolf Eucken, Der Sozialismus und seine Lebensgestaltung. II. 8<sup>o</sup> (153 S.) Leipzig 1920, Reclam. M 3.—; geb. M 4.—



gestaltungen Aufklärung in die weitesten Kreise hineintragen. Erst dann, wenn das Trennende beiderseits klar erkannt und anerkannt ist, wird es möglich werden, auch das, was trotz allem gemeinsames Gut und Streben ist, ungestört würdigen zu können. Erst von dieser Grundlage aus dürfte es möglich sein, zu einem Verhältnis zu kommen, wie es der „Vorwärts“ (1921, Nr. 226) andeutet (Sozialismus und Christentum im Wandel der Zeiten): „Man kann sich vorstellen, daß das Verhältnis zwischen dem Christentum und dem seinem Wesen nach jenseits aller Religionen stehenden Sozialismus statt das eines Gegensatzes, das eines Wettbewerbs sein könnte.“ Verstehen wir darunter den Wettbewerb im Arbeiten zum Besten des Volkes unter Anerkennung des tiefen, durch die Stellung zur Religion bedingten Unterschiedes, so findet der Sozialismus die Kirche schon seit seinem Entstehen, seit den Tagen eines Buß und Betteler wettbereit. Was das Verhältnis so verbittert, das ist eben die oben gezeigte Hinterhältigkeit und List, mit der man den Glauben heimlich aus den Herzen zu stehlen versucht, ein Verfahren, gegen das auch der „biblische Jesus“ harte, vernichtende Worte fand.

Jene freilich, die es selbst nicht besser wissen, denen es selbst noch nicht klar geworden, daß der Unterschied zwischen katholischer Kirche und Sozialismus nicht in der Volksfreundschaft, sondern in der Gottesfreundschaft liegt, daß nicht bloß die Religion im allgemeinen, sondern auch deren einzige Vollendung, die Konfession, nicht Privatsache sein kann, sondern unser ganzes Handeln und Leben und damit auch das Leben der Gemeinschaft, wenigstens in dem deren Gliedern entsprechenden Maße, durchbringen muß, werden wir nur dadurch allmählich zur Klarheit bringen können, daß wir selbst im eigenen Leben mit diesem ungeteilten Glaubensleben Ernst machen und möglichst viele ganze Katholiken in die Welt senden. Wollen wir dem so weit verbreiteten, in seinen einschläfernden Wirkungen so verheerenden Glauben von der Religion als Privatsache, als alleiniger Sache des stillen Kämmerleins, entgegentreten, dann müssen wir in unserem öffentlichen, katholischen Leben alles fördern, was das Glaubensleben auch sichtbar zur ersten und tiefsten Grundkraft des Lebens macht, nicht nur zum Ornament oder Sonntagsstaat.

Nur dieses entschiedene Christentum, das offenkundig einseitige Berufs- und Standesinteressen hinter den allgemeinen zurückstellt, mutig die christlichen und katholischen Grundsätze der Öffentlichkeit auch dann verkündigt, sie vor allem selbst befolgt, wenn sie unbequem und unbeliebt sind, wird



die Kraft haben, so vielen Schwankenden, Zögernden in unsern eigenen Reihen, so vielen, die schon mit einem Fuß jenseits der Grenze stehen, jenen frohen Glaubensmut, jenes Vertrauen zur Kirche als Hort auch der „Menge“ zu geben, dessen sie bedürfen, um Gott den Herrn aus allen Kräften wieder zu lieben und ihm zu dienen, um nicht allerhand wirtschaftliche und politische Reserbate in ihrem Gottesdienst zu dulden.

Mit dieser Apologetik der Tat verbinde sich dann zugleich mit der Aufklärung über die religiösen Unterscheidungslehren zwischen Kirche und Sozialismus auch eine eingehende Aufklärung über all das, was die Kirche namentlich auch seit dem Aufkommen der sozialen Frage von heute für die Arbeiterschaft getan hat, was für sie große Katholiken getan haben, nicht nur in Werken der Barmherzigkeit und Liebe, sondern auch der Gerechtigkeit und des Kampfes um Menschen- und Christenrechte. Wir brauchen dabei nicht die Werke anderer zu verkleinern, wir sollen aber auch nicht ruhig zusehen, wie sie die Erfolge unserer Arbeit zu den ihren stempeln.

Wir traten hier ein für eine reinliche Trennung der Geister. Wir taten dies im Namen der Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit, aber auch im Namen dessen, der gesagt hat: Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. Aber damit ist nur ein Teil der Arbeit geschehen, das eigene Haus gefestigt. Und nur wer selbst gefestigt ist, kann andern helfen. Aber von unserem selbstgegründeten Hause führt eine starke, unversiegbare Kraft hinaus zu allen Ringenden und Strebenden, Irrenden und Kämpfenden, von der Abt Bonifaz Wöhrmüller O. S. B. in seinem „Königlichen Gebot“ so schön sagt: „Die Kirche muß Mauern haben, die Liebe darf keine haben.“ Bei aller scharfgeschliffenen Klarheit im Verhältnis der beiderseitigen Lehre werden wir niemals der großen Macht der Liebe vergessen dürfen, die selbst den Irrenden trotz seines Irrtums liebenswert findet. Die gott-erleuchtete Liebe muß uns leiten, Gemeinsames und Trennendes jener im andern Lager zu verstehen, aber auch bei ihnen Verständnis zu erwecken für das, was wir selbst zu bieten und zu bringen haben.

Von solch hoher Warte aus wird unser Christentum auch heute wieder weit über seine Mauern hinaus seine warme, werbende Kraft entfalten, es wird auch in der gemeinsamen Arbeit mit Andersdenkenden nicht zum Hindernis einer Arbeitsgemeinschaft zu gemeinsamen Zielen, sondern vielleicht gerade durch sie zum Licht, das vor den Menschen leuchtet, daß sie den Vater im Himmel preisen.

Constantin Koppel S. J.